

SOZIALEN ZUSAMMENHALT STÄRKEN, EINNAHMEN STEIGERN

Weiterhin beobachten wir die aktuelle Haushaltspolitik in Berlin mit großer Sorge. Bereits die Kürzungen des vergangenen Jahres und deren Umsetzung haben den gesellschaftlichen Zusammenhalt im Land Berlin geschwächt und Vertrauen in die Politik verspielt.

Die Einsparungen treffen Projekte und soziale Infrastrukturen, die darauf ausgerichtet sind, den sozialen Zusammenhalt und die gesellschaftliche Vielfalt zu stärken. Zwar konnten bei den sozialen Projekten durch breiten Protest einige Kürzungen abgewendet werden.

Besonders gravierend fallen die Einsparungen jedoch weiterhin bei den Hochschulen, in der Kultur, der Schulsozialarbeit und im Bereich Verkehr und Umweltschutz aus. Auf Bezirksebene beobachten wir zudem, dass gesetzlich verankerte und verpflichtende Leistungen zunehmend restriktiver gehandhabt werden.

Die aktuelle Haushaltspolitik ermöglicht keine verlässliche Planung. Wichtige Entscheidungen werden kurzfristig und ohne Einbeziehung der Leistungsberechtigten, der Betroffenen Träger, der Kulturschaffenden oder der Fachverwaltungen im Senat getroffen. Dies führt zu massiven Verunsicherungen bei den verantwortlichen Geschäftsführungen, den Beschäftigten und den Akteuren der freien Kulturszene.

Zugleich ist die Koalition bislang nicht bereit, Schritte zu unternehmen, um die Einnahmesituation des Landes zu verbessern. 873 Millionen Euro an nicht gezahlten Steuern fehlen dem Landeshaushalt – sie können derzeit nicht eingetrieben werden, weil in den Finanzämtern Personal fehlt. Die technische und fachliche Ausstattung der Verwaltung, insbesondere im Hinblick auf die eingesetzten Softwaresysteme, ist für eine effiziente Steuererhebung völlig unzureichend.

Möglichkeiten zur Steuererhebung werden nicht genutzt. Allein eine Anhebung der Grunderwerbsteuer auf das Niveau von Brandenburg würde rund 100 Millionen Euro zusätzliche Einnahmen bringen. Während also für vergleichsweise geringe Einsparbeträge wichtige Projekte gefährdet werden, verzichtet die Koalition auf ihre Spielräume zur Einnahmesteigerung.

Bundesweit geht die Schere zwischen Arm und Reich immer weiter auseinander. Auch in Berlin hat sich die Zahl der Einkommensmillionär*innen in den letzten zehn Jahren verdreifacht – während Armut weiter zunimmt und die soziale Infrastruktur immer weiter kaputtgespart wird.

Eine solche Politik geht auf Kosten der von Armut betroffenen, sie zerstört sozialen Zusammenhalt und gefährdet die Demokratie.

EINE ZUKUNFTSORIENTIERTE POLITIK FÜR BERLIN BEDEUTET FÜR UNS:

- Ein Ende der Kürzungspolitik
- Einen transparenten Dialog auf Augenhöhe mit der Stadtgesellschaft über die weitere Haushaltspolitik
- Ein Bekenntnis zu tariflich bezahlter, guter Arbeit auf dem Niveau der Flächentarifverträge im Verantwortungsbereich des Landes Berlin und deren Refinanzierung.
- Eine klare Priorisierung von Projekten, die sozialen Zusammenhalt und Teilhabe benachteiligter Gruppen sicherstellen, ein gutes und gesundes Aufwachsen für alle ermöglichen, dem Klimaschutz dienen sowie die nachhaltige Entwicklung Berlins voranbringen.
- Die konsequente Nutzung aller Möglichkeiten zur Einnahmesteigerung – insbesondere bei Grunderwerb- und Gewerbesteuer – sowie eine bessere personelle und technische Ausstattung der Finanzämter.
- Die Koalition muss sich auf der Bundesebene für eine konsequente Besteuerung von großen Erbschaften ohne Schlupflöcher und die Wiedereinführung der Vermögenssteuer stark machen.



Deutscher
Gewerkschaftsbund
Berlin-Brandenburg



FISCAL
FUTURE

Gewerkschaft
Erziehung und Wissenschaft
Landesverband
Berlin



LANDESARMUTS
KONFERENZ BERLIN



DER PARITÄTISCHE
Berlin

